Bezugspreis für Sept. durch die Post bezogen 2,60 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wöchentäglich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße. — Fernsprecher Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14. Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstr. 34a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstraße 5. Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 22 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen, Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 22. September 1927 76. Jahrgang. Nr. 963

Graf Westarp über die Richtlinien.

s **Berlin**, 21. Sept. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Der deutschnationale Parteitag nimmt das Interesse der politischen Öffentlichkeit zurzeit in Anspruch. Er ist heute in Königsberg eröffnet worden. Wenn auch Parteitage im allgemeinen kein absolut zuverlässiges Echo der Stimmungen und Strömungen in einer Partei abgeben, so geben sie doch immerhin für die Zukunft eine gewisse Richtung und auch für außenstehende Politiker manchen Fingerzeig. Graf Westarp hat nun in einem „Führer durch den Parteitag" eine Art Rechenschaftsbericht über die deutschnationale Politik während des letzten Jahres abgelegt, und in diesem Rechenschaftsbericht befindet sich folgender Satz, der gerade vom Zentrumsstandpunkte aus unterstrichen werden muß. Es heißt dort:

Seit wir erneut in die Regierung eingetreten sind, hat sich der Regierungskurs nicht geändert. Die Deutschnationalen haben sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die von Dr. Stresemann vertretene Außenpolitik zurzeit die einzig mögliche ist, und innerpolitisch die Staatsform, auf deren Boden sie sich an der Regierung beteiligt haben, anerkannt."

Auch auf dem Parteitag selbst unterstrich Graf Westarp noch einmal, daß die Deutschnationale Volkspartei bereit sei, die Richtlinien durchaus inne zu halten. Er führte dort aus, in diesen Richtlinien sei der Schutz der Verfassung und der Reichsfarben nicht nur gegen rechtswidrige Angriffe, sondern auch gegen herabsetzende Verunglimpfungen zugesagt. Die Deutschnationalen hätten diese Verpflichtung dem Geiste nach zu erfüllen und sich also auch jeder Gehässigkeit zu enthalten. Diesen Wunsch richtete Graf Westarp noch vor allem an die der Partei nahestehende, wenn auch unabhängige Presse, und betonte, daß es nicht angehe, daß sie jede Verpflichtung gegenüber den Richtlinien für sich ablehne. Er hat also gewissermaßen gegen die Beschimpfung der Farben schwarz-rot-gold in der Rechtspresse auf. Gerade dieser Punkt war ja in den letzten Tagen und Wochen Gegenstand von gewissen Reibungen zwischen dem Zentrum und der Deutschnationalen Volkspartei. Das ist insbesondere auch in einem Artikel des Fraktionsvorsitzenden des Zentrums von Guérard in der Zentrumspresse zum Ausdruck gekommen, der sich auch gegen die Stellungnahme der deutschnationalen Presse wandte. Im übrigen hat aber Graf Westarp noch einmal auf diesem Parteitage deutlich ein monarchistisches Bekenntnis abgelegt. Er betonte, daß die Richtlinien kein Gesinnungsbekenntnis enthielten. Die Deutschnationalen hätten sich ihre monarchistische Gesinnung und das Recht, dafür einzutreten, ausdrücklich vorbehalten, und würden sich das auch nicht nehmen lassen. Dieser Satz erhält doppelte Bedeutung, wenn man dazu noch die Rede des Reichsministers von Keudell zum Vergleich heranzieht, die sicherlich auch nicht ohne vorheriges Wissen und ohne Billigung der maßgebenden Parteiinstanzen gehalten worden ist. Keudell hat u. a. betont, über die Flaggenfrage werde die Entscheidung bei den nächsten Wahlen fallen. Diese Entscheidung über die Flaggenfrage bedeutet nun nicht lediglich eine Entscheidung über die Frage schwarz-rot-gold oder schwarz-weiß-rot, sondern nach den Ausführungen des Grafen Westarp ist diese Wahlparole doch schon mehr ein Symbol für das innere Bekenntnis der Partei zu der Frage, ob Monarchie oder Republik.

*

‡ **Königsberg**, 21. Sept. **(Tel.)** In seiner Rede (vergl. Abendausgabe Nr. 961 des Münst. Anz.), führte Graf Westarp u. a. noch aus: Mit besonderer Befriedigung könne festgestellt werden, daß dank der Arbeit des Reichsministers von Keudell die Beratung des Reichsschulgesetzes bevorstehe. Die Koalition werde alles daran setzen, den Keudell'schen Entwurf noch in diesem Reichstag zu verabschieden. Nicht minder bedeutungsvoll sei die große Reform des Strafrechtes. Die Gehässigkeit, mit der die Linkskreise den Streit in den Verfassungsfragen verschärften, sei nur so zu verstehen, daß sich diese Kreise in der Zukunftsentwicklung nicht sehr sicher fühlten. **Zu dem Streit um die Richtlinien bei der Regierungsbildung sei zu sagen, daß sich die Deutschnationalen an die Richtlinien gehalten haben und diese erfüllen. In diesen Richtlinien sei der Schutz der Verfassung und Reichsfarben nicht nur gegen rechtswidrige Angriffe, sondern auch gegen herabsetzende Verunglimpfungen zugesagt. Die Deutschnationalen hätten diese Verpflichtung dem Geiste nach zu erfüllen, sich also auch jeder Gehässigkeit zu enthalten. Diesen Wunsch richtete er an die der Partei nahestehende, wenn auch unabhängige Presse. Es gehe nicht an, daß sie jede Verpflichtung gegenüber den Richtlinien für sich ablehne.** In den Auseinandersetzungen mit der Volkspartei und deren Führer wolle die Partei schon aus der gebotenen Rücksicht auf die in der Koalition erforderliche vertrauensvolle Zusammenarbeit persönliche Schärfe vermeiden. Seien so die Richtlinien und die Regierungserklärungen für die Deutschnationalen maßgebend, so hätten sich diese entschieden zur Wehr zu setzen, wenn diesen Richtlinien ein Inhalt beigelegt werde, den sie nicht haben. Die Richtlinien enthielten kein **Gesinnungsbekenntnis. Die Deutschnationalen hätten sich ihre monarchistische Gesinnung und das Recht, dafür einzutreten, ausdrücklich vorbehalten und würden sich das auch nicht nehmen lassen.** Der sozialdemokratische Antrag, den 11. August zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, könne zur Belastungsprobe der Koalition werden. Ein wirklicher nationaler Feiertag könne nur auf einem im wesentlichen einmütigen Empfinden der ganzen Nation beruhen. Die deutsche Nation werde erst dann wieder Anlaß und Möglichkeit haben, einen Tag als allgemeinen Feiertag zu begehen, wenn die Stunde der Befreiung des Rheinlandes und die Wiedergewinnung der deutschen Souveränität gekommen sei. Der Flaggenkampf werde von der Linken, insbesondere von der preußischen Regierung, in geradezu grotesken Formen geführt. **Das Festhalten der Deutschnationalen an schwarz-weiß-rot bedeute keine herabsetzende Verunglimpfung der neuen Farben im Sinne der Richtlinien.** Was die Linke gegen schwarz-weiß-rot unternehme, stehe im Widerspruch zu der in der Regierungserklärung festgelegten Vereinbarung, daß auch der großen deutschen Vergangenheit und ihrem Symbol Achtung und Ehrfurcht gezollt werden solle. Die Sozialdemokraten und das Reichsbanner hätten die Reichsfarben zur Parteifarbe gemacht. **Der Kampf um diese Symbole sei nicht durch ein äußeres Kompromiß beizulegen. Graf Westarp schloß, die Partei bekenne sich zu den 1919 aufgestellten Grundsätzen: der Politik der Befreiung deutschen Bodens von fremder Herrschaft, dem monarchistischen Gedanken und den Farben schwarz-weiß-rot.**

Nach der Rede des Grafen Westarp ergriff Reichsernährungsminister Schiele das Wort zu seinem Referat über „Die deutsche Wirtschaft und der Osten". Er trat dabei für eine wirksame Verbesserung der Einfuhrseite unserer Bilanz ein. Der Weg zu diesem Ziele führt über eine verstärkte Agrarpolitik. Es ist möglich, aus der deutschen Landwirtschaft den Ersatz zu schaffen, für den größten Teil der heutigen Nahrungsmitteleinfuhr. Der Vorsprung, den das Ausland voraus hat, muß eingeholt werden durch entsprechende Rationalisierung der Betriebe, durch Typisierung und Herstellung von Qualitätswaren. Der energisch einsetzenden Selbsthilfe der Landwirtschaft muß eine wohlwollende Unterstützung von Reich und Staat fördernd unter die Arme greifen. Dabei ist ein gewisser Schutzzoll unentbehrlich. Erforderlich sind weiterhin Kredite zu billigem Zinssatze und endlich: Zeit. Es ist die höchste Zeit, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, um in drei Jahren die Landwirtschaft auf die Höhe zu bringen, welche erreicht sein muß, wenn die angedeutete Wendung eintritt. — Landtags-Abgeordneter Dr. von Winterfeld und Frhr. von Gayl sprachen zu dem Thema „Preußen und der Osten".

In der Nachmittagssitzung erklärte Reichsinnenminister von Keudell bei der Aussprache über die Referate des Vormittags, er werde dem Reichskanzler den Ausdruck der Genugtuung, die sich über die Erklärungen Dr. Marx' auf dem Parteitage gezeigt habe, im Namen des Parteitages übermitteln. Man brauche nicht daran zu zweifeln, daß eine Persönlichkeit von der Reinheit und Vornehmheit des Charakters des Reichskanzlers auch durchführen werde, was er durchzuführen für notwendig befände. Der Minister erklärte dann zur Flaggenfrage, Reichswehrminister Dr. Geßler habe ihm in eingehenden Besprechungen mitgeteilt, daß er die Absicht gehabt habe, den Flaggenerlaß für die Reichswehr im Kabinett zur Sprache zu bringen und beraten zu lassen. Unter lebhaften Hört-Hört-Rufen der Versammlung sagte der Redner: Unsere politischen Gegner aber haben mit dem so bewährten Mittel der politischen Indiskretion erreicht, den Erlaß vorher in die Öffentlichkeit zu bringen. Dadurch wurde verhindert, daß der Reichswehrminister den Flaggenerlaß dem Kabinett vorlegen konnte, und erreicht, daß insbesondere auch die deutschnationalen Mitglieder des Reichskabinetts nicht vor der Veröffentlichung zu den Anordnungen des Reichswehrministers Stellung nehmen konnten. Dr. von Keudell erklärte weiter, er könne als aktives Mitglied des Reichskabinetts sich zur materiellen Frage des Erlasses nicht äußern. Man dürfe aber bei den Anordnungen in dieser Frage niemals die Rücksicht auf die junge Reichswehr vermissen lassen, um sie von den politischen Kämpfen fernzuhalten. Wenn er auch zu den anderen Flaggenfragen schweigen müsse, so könne er dem Parteitag versichern, daß auch die Zeit kommen werde, wo man reden könne.

Reichstagsabgeordneter Dr Quaatz erörterte hierauf das Problem der unerträglichen Lasten des Dawesplanes. Dr. von Dryander wies darauf hin, daß der Osten dem Westen die Menschenkraft gegeben habe, die den Unterbau des preußischen Staates schuf. Die Not des Rheines sei der Ostpreußens verwandter als man glaube. Das Rheinland, über alle Parteien hinweg, sei fest entschlossen, alle Fristen der Besetzung ohne Kompensationen ruhig abzuwarten. Dr. Stadler (als Gast) gab seinem Bedauern Ausdruck, daß sich das deutsche Volk in den letzten Jahren mehr und mehr mit sogenannten „unabänderlichen Verhältnissen" abgefunden habe. Über den Ausgang der kommenden Wahlkämpfe brauche man nicht pessimistisch zu urteilen, wenn Rechtsparteien, vaterländische Organisationen und rechtsgerichtete Wirtschaftsgruppen zwar getrennt marschieren, aber vereint schlagen würden. Der Landtagsabgeordnete Maretzky betonte, daß die Deutschnationalen mit ihrem Einfluß in der Regierung große Erfolge erzielt hätten. Stresemann habe in Genf das Ost-Locarno abgelehnt, Marx sei aus dem Reichsbanner ausgetreten und Hindenburg habe die Kriegsschuldlüge zurückgewiesen. Ferner sprachen der preußische Landtags-Abgeordnete Steuer-Kassel, der gegen die Wirtschaftspartei polemisierte und Stadtverordneter Bleeker-Berlin, der an das „Luft-Locarno" erinnerte, jene Verträge, durch die wenigstens die schlimmsten Fesseln von der deutschen Luftfahrt gelöst worden seien.

Der stellvertretende Parteivorsitzende, Schlange-Schöningen, führte in seinem Schlußwort u. a. aus: Das Referat des Grafen Westarp genüge, die in der Partei etwa aufgetauchten Besorgnisse zu zerstreuen. Die Frage sei: „Die Deutschnationalen oder die Sozialdemokratie?". Hätte anstelle der Deutschnationalen die Sozialdemokratie den Regierungseintritt vollzogen, dann könnte niemand den Trümmerhaufen verantworten, der über kurz oder lang sich dann Deutschland nennen würde. Der konfessionelle Friede würde bei einer Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten im Reiche nicht erreicht werden. Der Redner betonte weiter unter lebhafter Zustimmung, daß Genf auch diesmal ohne wirkliche Erfolge für Deutschland geblieben sei. Deutschland dürfe keine neuen Vorleistungen machen und das Ziel müsse sein, der Wiederaufstieg Deutschlands. Zur Frage der Staatsform erklärte der Redner, daß nur ein vorher wieder freigewordenes deutsches Volk seine Lebensform ganz von selbst wiederfinden könne und werde. Es gelte für die Partei, gegebenenfalls auch gegen die Massen, das deutsche Volk zu führen, damit das Vaterland keinen Schaden erleide. Zum Schluß äußerte sich der Redner zur Preußenfrage, wobei er erklärte, der heutige preußische Ministerpräsident zerreiße das Volk und eines Tages könnte dadurch auch das Reich zerrissen werden. Wir bitten nicht, so führte der Redner aus, sondern wir kämpfen um Preußen, und die nächsten Wahlen werden die nächste Gelegenheit dazu bieten.

Die Genfer Beratungen.

Die Zusammenfassung der Anträge Bernstorff—Boncour.

‡ **Genf**, 21. Sept. Das Redaktionskomitee der Abrüstungskommission hat gemeinsam mit dem zur Zusammenfassung der Anträge des Grafen Bernstorff und Paul Boncours eingesetzten 14gliedrigen Ausschuß einstimmig den zusammenfassenden Resolutionsentwurf angenommen. Der neue Entwurf übernimmt die Präambel Paul Boncours und enthält folgende drei Empfehlungen:

1. Progressive Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit durch den Abschluß von Einzel- oder Kollektivabkommen, und zwar zwischen Mitgliedsstaaten und Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes, mit dem Zweck, das gegenseitige Vertrauen zu sichern, das für den endgültigen Erfolg der Abrüstungskonferenz unerläßlich ist.

2. Die Vollversammlung weist auf den Beschluß der Völkerbundsversammlung vom 24. September 1926 hin, in dem die Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskommission gefordert war, und bittet den Völkerbundsrat, die Einberufung der Abrüstungskonferenz in kürzester Frist herbeizuführen.

3. Die Völkerbundsversammlung fordert den Rat auf, der vorbereitenden Abrüstungskommission, deren Aufgabe sich nicht auf die Vorbereitung einer ersten Abrüstungskonferenz beschränkt und deren Arbeiten bis zur Erreichung des endgültigen Zieles durchgeführt werden sollen, die notwendigen Anweisungen zur Bildung eines Komitees aus Vertretern aller der Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind und an der vorbereitenden Kommission teilnehmen, zu geben. Dieses Komitee soll die Aufgabe haben, nach Anweisungen der vorbereitenden Abrüstungskommission die Mittel zu prüfen, die erforderlich sind, um allen Staaten die Garantie der Sicherheit und der Schiedsgerichtsbarkeit zu geben, die notwendig sind, um den Grad der Abrüstung in möglichst niedrigen Ziffern in den künftigen internationalen Abrüstungsabkommen einsetzen zu können.

Nach der Resolution werden folgende Maßnahmen zur sofortigen Ergreifung empfohlen:

1. Eine Aktion des Völkerbundes, Einzel- und Kollektiv-Schieds- und Sicherheitsverträge herbeizuführen, zu generalisieren und einander anzupassen;

2. systematische Vorbereitungen für die Verwendung des Völkerbundsorganes, um den Völkerbundsmitgliedern die Durchführung der Verpflichtungen aus den einzelnen Bestimmungen des Völkerbundspaktes zu ermöglichen;

3. Vereinbarungen zwischen den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, die ohne Präjudizierung der allgemeinen Verpflichtungen des Völkerbundspaktes mit dem Ziel abgeschlossen werden sollen, die gegenseitigen Verpflichtungen den geographischen und sonstigen Beziehungen zwischen den Staaten anzupassen, ferner eine Aufforderung des Völkerbundsrates an die Staaten zur Ergreifung der notwendigen Maßnahmen für die Unterstützung der Entscheidungen des Rates im Falle eines Konfliktes in einer bestimmten Gegend. Jeder Staat soll angeben, in welchem Umfang er seine Streitkräfte in einem solchen Falle zur Verfügung stellen will.

Die Abrüstungskommission hat heute abend den oben veröffentlichten Resolutionsentwurf des Redaktionskomitees einstimmig mit nur geringfügigen redaktionellen Aenderungen angenommen. Zum Berichterstatter der Kommission in der Vollversammlung wurde der belgische Senator Boucquere ernannt. Von seiten der deutschen Delegation wurde darauf hingewiesen, daß diese Resolution nunmehr eine Basis für die gesamten weiteren Verhandlungen über den Sicherheitsgedanken bilden würde und somit gewissermaßen als ein Ersatz des Genfer Protokolls aufzufassen sei.

*

Der vom Grafen Bernstorff vor einigen Tagen in der Abrüstungskommission eingebrachte Antrag ist voll in die Resolution aufgenommen und damit dem deutschen Standpunkt voll Rechnung getragen worden. Der erste Teil der Entschließung, der von der Notwendigkeit des gegenseitigen Vertrauens als Basis des Abrüstungsgedankens spricht, wird als ein Hinweis auf den Locarnopakt aufgefaßt, dessen Gedankengänge damit auf den anderen Staaten zur Annahme empfohlen werden. Der deutsche Standpunkt hat insbesondere insofern Anerkennung gefunden, als die Abrüstungskonferenz auch dann einberufen werden soll, wenn auf dem Gebiete der Behandlung der Sicherheitsgarantien keine Fortschritte festgestellt werden können. Der Vorzug der Schaffung eines besonderen Komitees zur Erörterung und weiteren Behandlung der Sicherheitsprobleme liegt darin, daß nunmehr dieser Komplex nicht mehr in einzelnen Kommissionsverhandlungen abschnittweise, sondern im Rahmen einer permanenten Kommission behandelt werden soll. Diese Kommission wird neben der Abrüstungskommission bestehen. Es bleibt dabei den Regierungen voll überlassen, wen sie in die Kommission delegieren wollen. Wie heute mitgeteilt wurde, werden die beiden Kommissionen vom Vorsitzenden der vorbereitenden Abrüstungskommission zum November d. J. einberufen werden. Es muß hierbei darauf hingewiesen werden, daß der Versuch Frankreichs, die vorbereitende Abrüstungskommission als Organ für den Ausbau des Sicherheitsgedankens anzusehen, nicht geglückt ist. Vielmehr ist dem deutschen Gedanken Rechnung getragen worden, die Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission weiterzuführen, auch wenn die Verhandlungen in der Kommission für die Sicherheitsfrage zu nichts führen oder nur geringe Fortschritte aufweisen. Vom deutschen Standpunkt aus muß nach wie vor darauf hingewiesen werden, daß in erster Linie die Durchführung der Abrüstungsaufgaben steht. Deutschland ist dazu bereit, an einer Kommission für die Behandlung des Sicherheitsproblemes teilzunehmen.

Dem letzten Teil des Resolutionsentwurfes liegt ein englischer Vorschlag zu Grunde. Es ist von englischer Seite Wert darauf gelegt worden, stets die Möglichkeit zu haben, den Umfang der zu leistenden Garantie selbst festzusetzen, d. h. zu erklären, welche Verpflichtungen man im Rahmen des Artikels 16 übernehmen könne und welche nicht.

Die Resolution, die entgegen dem ursprünglich französischen Antrag das Genfer Protokoll nicht erwähnt, geht nunmehr der Vollversammlung zu, die voraussichtlich am Montag die Debatte über die Abrüstungsfrage eröffnen wird.

Die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz im Ausschuß der Völkerbundsversammlung.

w **Genf**, 21. Sept. **(Tel.)** Der zweite Versammlungsausschuß hat heute vormittag die Aussprache über die Weltwirtschafts-Konferenz abgeschlossen und zwei Resolutionen angenommen. In der ersten werden mit Genugtuung die Zustimmungserklärungen zahlreicher Regierungen verzeichnet und die Organe des Völkerbundes zur tatkräftigen Förderung der von der Weltwirtschafts-Konferenz niedergelegten Gedanken, insbesondere in der Frage der Zolltarife und der Wirtschaftspolitik aufgefordert. Die Resolution befürwortet, daß mehr und mehr allgemeine Staaten-Abkommen anstelle zwischenstaatlicher Wirtschaftsverträge treten, empfiehlt jedoch gleichzeitig, die Sonderverhältnisse der einzelnen Länder zu berücksichtigen und verweist auf die große Bedeutung einer stufenweisen, erschütterungsfreien Entwicklung.

Die zweite Entschließung regelt die Schaffung eines neuen beratenden Ausschusses von 35 Mitgliedern, der die Anwendung der Empfehlungen der Weltwirtschafts-Konferenz zu fördern hätte. Die Mitglieder werden vom Völkerbundsrat aus sämtlichen am Wirtschaftsleben beteiligten Kreisen zu entnehmen sein, außerdem wird das internationale Arbeitsamt drei Arbeitervertreter, der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes fünf seiner Mitglieder und das internationale Ackerbauinstitut und die internationale Handelskammer Vertreter in diesen Ausschuß entsenden.

In der vorhergegangenen Aussprache gab Dr. Breitscheid der Erwartung nachdrücklich Ausdruck, daß bei der Benennung der drei Arbeitervertreter auch die Interessen der landwirtschaftlichen Arbeiter und kleinen Bauern berücksichtigt werden.

Dr. Külz berichtet über die Weltnothilfe-Konferenz.

‡ **Genf**, 20. Sept. In der zweiten Kommission der Völkerbundsversammlung für soziale Fragen erstattete Reichsminister a. D. Dr. Külz Bericht über die Weltnothilfe-Konferenz. Dr. Külz wies darauf hin, daß das endgültige Ergebnis dieser internationalen Staatenkonferenz der Völkerbundsversammlung als Beschlußfassung für eine internationale Konvention vorliege. Der Weltnothilfe-Verband sei ein Beweis internationaler menschlicher Solidarität derer, die ihn schufen. Es sei Pflicht aller Nationen, an der unbedingten Entfaltung dieses Gedankens mitzuarbeiten. Keine Nation lebe in der Welt für sich allein. Die äußere Verflechtung des Lebens der Völker werde von Jahr zu Jahr stärker werden. Der Weltnothilfe-Verband sei ein Zeichen des erwachenden Verständnisses für eine solche Entwicklung.

Ehrung des Reichsministers a. D. Dr. Külz durch das Rote Kreuz.

w **Genf**, 20. Sept. **(Tel.)** Reichsminister a. D. Dr. Külz erhielt vom Deutschen Roten Kreuz das Ehrenzeichen I. Kl. als höchste vom Roten Kreuz zu vergebende Auszeichnung. Das Rote Kreuz beabsichtigt damit seinen Dank für die Förderung Ausdruck zu verleihen, die Dr. Külz bereits als Reichsminister des Innern der Arbeit des Roten Kreuzes hat angedeihen lassen und für ausschlaggebende Verdienste, die er als Präsident der Internationalen Staatenkonferenz vom Juli ds. Js. um das Zustandekommen des Welthilfsverbandes gehabt hat.

Die preußische Auslandsanleihe abgeschlossen.

w **Berlin**, 21. Sept. **(Tel.)** Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Der Preußische Staat hat an das Bankhaus Harris, Forbes & Co. in Newyork als Führer eines Konsortiums eine mit 6 Prozent verzinsliche, 25 Jahre laufende Anleihe im Gesamtbetrage von 30 Millionen Dollar begeben. Die Anleihe, welche unter der Bezeichnung „6prozentige amortisable Goldschuldverschreibungen des Freistaates Preußen, Auslandsanleihe von 1927" zur Ausgabe kommt, wird am Montag in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu voraussichtlich 96½ Prozent — ein Teilbetrag auch in Holland — zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Der Erlös der Anleihe wird für Zwecke der Landeskultur und zum Ausbau von Häfen Verwendung finden. Es ist eine Laufzeit von 25 Jahren vorgesehen. Der Preußische Staat hat sich das Recht vorbehalten, die Anleihe vom 15. Oktober 1934 ab jederzeit mit 6wöchiger Frist zu einem Zinstermin (15. April und 15. Oktober) im ganzen oder in Teilbeträgen zu kündigen. Daneben ist vereinbart, daß die Anleihe mit einem jährlichen Tilgungsfonds ausgestattet wird, durch welchen im Wege der Auslosung die Rückzahlung der Gesamtsumme in gleichen jährlichen Beträgen unter Zuwachs der durch die Tilgung ersparten Zinsen bewirkt wird. Die erste Rückzahlung findet am 1. Oktober 1928 statt. Die Rückzahlung erfolgt zu pari.

Um die Beamten-Besoldungsvorlage.

Berlin, 21. Sept. **(Tel.)** Im Hinblick auf sich widersprechende Nachrichten in der Presse sowie auf die Ausführungen des Reichsinnenministers von Keudell zur Frage der Beamtenbesoldung wird an zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß selbstverständlich in der Kabinettssitzung, in der die Beamtenbesoldungsvorlage verabschiedet worden ist, von verschiedenen, wenn nicht allen Ministern, Sonderwünsche vorgetragen worden sind, und daß ebenso verschiedene Minister, gelegentlich auch der Reichsfinanzminister selbst, bei der Abstimmung überstimmt worden sind. Die Vorlage der Besoldungs-Verordnung ist bisher nur deshalb nicht veröffentlicht worden, weil mit der preußischen Staatsregierung verabredet worden ist, die Veröffentlichung erst nach Fertigstellung auch der preußischen, an die Reichsvorlage angeglichene Besoldungsvorlage vorzunehmen. Die preußische Staatsregierung wird voraussichtlich noch heute ihre Beratungen abschließen. An zuständiger Stelle tritt man ferner den Gerüchten entgegen, als habe während der Kabinettsberatungen über die Besoldungsvorlage der Reichsaußenminister aus Genf dauernd Einsprüche erhoben. Es liege nur ein einziges Telegramm des Reichsaußenministers aus Genf vor, nämlich seine Zustimmung zu der Vorlage.

Im Reichsfinanzministerium finden laut Vossischer Zeitung heute und morgen Besprechungen mit den Vertretern der Beamtenspitzen-Organisationen der besetzten und besetzt gewesenen Gebiete über die Frage des Abbaues der örtlichen Sonderzuschläge statt. Das Reichsfinanzministerium vertritt, wie das Blatt wissen will, in den Verhandlungen den Standpunkt, daß bei der allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehälter die Ortssonderzuschläge eine Herabsetzung erfahren müssen.

Flaggenfriede?

S **Berlin**, 21. Sept. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)** In dem Kampf um die Flaggenfrage hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung" einen Vorschlag gemacht, der einen Flaggenfrieden am 80. Geburtstage des Reichspräsidenten herstellen soll. Sie schreibt: „Jeder muß gegen sich selbst die feste Verpflichtung eingehen, auch jene Flagge zu achten, die der Nachbar zeigt, und jeder muß sich wenigstens an diesem Tage von dem Gedanken freimachen, daß sich in der Verschiedenheit der Farben die innere Zwietracht des deutschen Volkes zeigt. Es muß ausgeschlossen sein, und jeder Gutgesittete hat sich dafür einzusetzen, daß die eine oder andere Flagge nicht gelästert oder herabgerissen wird. Sie sollen unbehindert nebeneinander wehen und zeigen, daß das ganze deutsche Volk, abgesehen von den unbelehrbaren und unversöhnlichen Parteifanatikern, seinem Reichspräsidenten die Treue und die Anhänglichkeit vergilt, die dieser ihm in Frieden und Krieg hundertfach bewiesen hat." Um diesen Vorschlag durchführen zu können, verlangt die „DAZ." eine Unterbrechung der öffentlichen Erörterung der Flaggenfrage für die Dauer von etwa zwei Wochen.

Der Vorschlag ist sicher ehrlich gemeint und auch sehr beachtenswert. Die „Kreuzzeitung" freilich lehnt ihn offen ab, während die „Deutsche Tageszeitung" von diesem Vorschlag durchaus „sympathisch berührt" wird. Auch die „Germania" begrüßt den Vorschlag und meint: „Wenn er Erfolg haben soll, muß er indessen von allen Beteiligten ehrlich durchgeführt und darf vor allem nicht gegen die offizielle Fahne mißbraucht werden. Wir werden die letzten sein, die sich Bestrebungen auf Zusammenschluß des Volkes widersetzen werden."

Preußen und das Reichsschulgesetz.

S **Berlin**, 21. Sept. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)** Das „Berliner Tageblatt" hatte gemeldet, daß die Denkschrift des preußischen Kultusministeriums zu dem Entwurf des Reichsschulgesetzes diesen lediglich als eine Grundlage für weitere Verhandlungen zwischen Reich und Preußen betrachte. Der Kultusminister sei der Auffassung, daß der Keudellsche Gesetzentwurf verfassungsändernd sei. Nach Informationen, die der Nationalliberalen Korrespondenz zugehen, trifft diese Darstellung durchaus nicht zu. Die Denkschrift des preußischen Kultusministeriums ist zwar von dem sozialdemokratischen Ministerialrat Lande verfaßt worden, kommt aber dem Entwurf des Reiches und den Wünschen des Zentrums und der Deutschnationalen sehr weit entgegen. Insbesondere ist die Frage, ob der Entwurf verfassungsändernd sei, durchaus nicht bejaht worden. Dieses ist um so auffälliger, als die Presse der Linken immer mit Nachdruck betont hat, die demokratischen und sozialdemokratischen Minister in Preußen würden den Entwurf des Reiches scharf ablehnen.

Abg. Dompropst Dr. Linneborn über die Konkordatsfrage und das Reichsschulgesetz.

r **Paderborn**, 21. Sept. In einer Vertrauensleute-Konferenz der Zentrumspartei sprach Abgeordneter Dr. Linneborn über die Konkordatsverhandlungen. Ziel eines Konkordates sei ein einträchtiges Zusammenarbeiten von Kirche und Staat auf Gebieten, wo ein gemeinsames Interesse vorhanden sei. Eine Reihe für das katholische Volk außerordentlich wichtiger Fragen müsse im Konkordat neu geregelt werden, so die Militärseelsorge, die Seelsorge für die deutschen Minderheiten im Ausland, Missionsfragen, die Besetzung von kirchlichen Stellen (worauf bisher der Staat einen bedeutenden Einfluß für sich in Anspruch nahm), die neue Umgrenzung der Diözesen, Errichtung von Bischofssitzen, die Besoldung der Geistlichen und schließlich auch die Erhaltungspflicht der Kirchen und kirchlichen Anstalten. Im zweiten Teile seines Referates beschäftigte sich der Redner mit dem Reichsschulgesetzentwurf. Die schnelle Verabschiedung des Entwurfs sei eine dringende Notwendigkeit, damit endlich die unglaublichen und unheilbaren Schulverhältnisse und der Gewissenszwang, dem die Katholiken in einzelnen Ländern ausgesetzt sind, beseitigt werden. Die Forderung des

katholischen Volkes sei und bleibe: katholische Volksschulen für katholische Kinder, die unterrichtet werden von katholischen Lehrern, ferner die Heranbildung der katholischen Lehrer im Sinne des katholischen Glaubens. Überaus schmerzlich sei es, daß die Herren Dr. Wirth, Teipel, Röder und Weismantel gegen den Kernpunkt der ganzen Frage sich ausgesprochen hätten. Besonders verwerflich sei es, daß diese Herren und besonders Dr. Wirth, ihre Stellungnahme zum Reichsschulgesetz in Zeitungen oder Zeitschriften bekannt machten, die weder mit der Zentrumspartei noch mit dem Katholizismus etwas zu tun hätten. Bei aller Würdigung der Person und der Verdienste Dr. Wirths um die Partei müsse man sein Verhalten scharf verurteilen, das nur geeignet sei, Verwirrung anzurichten. Auch die übrigen Redner des Abends rückten in der Frage des Reichsschulgesetzes scharf von Dr. Wirth ab.

Reichspostminister Schätzl zum Reichspostfinanzgesetz.

Berlin, 21. Sept. **(Tel.)** Reichspostminister Dr. Schätzl äußerte sich zur Reform des Reichspostfinanzgesetzes wie folgt:

Die Frage, ob und gegebenenfalls in welcher Richtung eine Änderung des Reichspostfinanzgesetzes zweckmäßig oder notwendig ist, beschäftigt die Deutsche Reichspost seit der letzten Erhöhung der Postgebühren. Eine Entscheidung liegt indes noch nicht vor; die ganze Angelegenheit befindet sich im Stadium ernster Prüfung, ohne irgendwie darüber hinaus gediehen zu sein. Ich persönlich bin mir der weittragenden Bedeutung der Frage für die weitere Entwicklung der Deutschen Reichspost und der Finanzen des Reiches überhaupt voll bewußt. Zur Orientierung über die einzuschlagende Richtung muß auf den Kernpunkt des eigentlichen Problems zurückgegangen werden. Dieses ist auch die Voraussetzung, von der bei der Schaffung des Reichspostfinanzgesetzes ausgegangen worden ist. Die Grundlage des Reichspostfinanzgesetzes ist die Forderung, daß die Deutsche Reichspost, losgelöst vom übrigen Reichshaushalt, sich selbst alimentiert, d. h. ihre Ausgaben durch eigene Einnahmen decken muß. Für die Erfüllung dieser Forderung trägt der Reichspostminister die Verantwortung. Das Reichspostfinanzgesetz hat seine Aufgabe bisher in vollem Umfange erfüllt. Die Reichspost ist aus einem Defizitbetrieb des Reiches, aus einer manchmal sehr lästigen Kostgängerin des Reichshaushalts, ein sich selbst tragendes Unternehmen geworden und hat dadurch wesentlich zur Entlastung des Reichshaushalts beigetragen. Auch zum Rätsel der Postgebühren-Erhöhung liegt der Schlüssel einzig in der Verantwortung des Postministers für die Einhaltung des Reichspostfinanz-Gesetzes. Sollte das finanzielle Gleichgewicht der Deutschen Reichspost aufrecht erhalten werden, so war es notwendig, die auftretenden großen Mehrausgaben für die Erhöhung der Beamtenbesoldung zu etwa 136 Millionen Mark jährlich, für die Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse und der Löhne zu etwa 52 Millionen Mark jährlich, zu bestreiten, ohne den Haushalt zu überschreiten. Auch konnten nicht, wie vielfach vorgeschlagen wurde, Anleihen aufgenommen werden, um derartige laufende Personalausgaben zu decken. Interessant ist die Erscheinung, daß die voraussichtlichen Mehreinnahmen aus der Postgebührenerhöhung durch die Mehrausgaben für die Beamtenbesoldung, für Wohnungsgeldzuschüsse und Löhne ungefähr ausgeglichen werden. Ohne Erhöhung der Postgebühren wüßte ich nicht, wo ich die Mittel hernehmen sollte, um zum 1. Oktober ds. Js. das Heer der deutschen Postbeamtenschaft, das mehr als das doppelte an Zahl beträgt als alle übrigen Reichsressorts zusammen, an den längst ersehnten Wohltaten der Besoldungserhöhung teilnehmen zu lassen. Meine Verantwortung als Minister gegenüber dem Reichspostfinanzgesetz und dem deutschen Postpersonal zwang mich, den unpopulären Weg der Gebührenerhöhung zu gehen. Kein Reichspostminister, welcher Partei er auch angehörte, hätte anders handeln können, auch der Reichstag selbst nicht.

Will man nun das Reichsfinanzgesetz ändern, so hängt die Art und der Umfang der Aenderung von der Entscheidung ab, ob man das finanzielle Gleichgewicht der Reichspost beibehalten will oder nicht. Selbstverständlich können große, finanzielle einschneidende Maßnahmen wie die Erhöhung der Beamtenbesoldung auch ohne Erhöhung der Postgebühren getroffen werden. Man muß sich aber dann klar sein, daß dies die Aufhebung der Grundlage des Postfinanzgesetzes bedeutet, daß die Deckung dieser Mehrausgaben dann eben aus allgemeinen Reichsmitteln, aus den Steuer- oder Zolleinnahmen gesucht werden muß. Die gleiche Erwägung greift Platz wenn man an die Frage herantritt, ob und inwieweit der Reichstag in die Entscheidung über die Gebührenpolitik der Reichspost eingreifen soll. Solange hierbei die Voraussetzungen des finanziellen Gleichgewichts der Reichspost aufrecht erhalten bleiben, ist die Mitwirkung des Reichstages auf der Grundlage dse Reichspostfinanzgesetzes möglich. Dagegen wird die Angelegenheit schwierig, vielleicht unlösbar, wenn der Reichstag unbegrenzt in die Tarifgestaltung der Reichspost eingreifen würde, andererseits der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost mit dem Reichspostminister für die Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts und der finanziellen Selbständigkeit der Reichspost verantwortlich bleiben sollte. Entscheidung und Verantwortung sollte wie überall so auch hier in einer Hand sein. Es wäre wohl im Verzuge unmöglich, wenn der Reichstag die freie Entscheidung, der Verwaltungsrat der Reichspost aber die gesetzlich gebundene finanzielle Verantwortung haben sollte. Das Problem ist daher keineswegs einfach. Die Schwierigkeiten mehren sich, je näher man an die einzelnen Fragen in ihren Auswirkungen herantritt. Bei allen Ueberlegungen zeigt sich aber, daß die letzten Konsequenzen bei der Frage münden, ob man die Grundlage des Reichspostfinanzgesetzes, den Fortbestand des finanziellen Gleichgewichts der Reichspost aufrechterhalten will oder nicht.

Zur Rede des Reichspräsidenten in Tannenberg.

w **Berlin,** 21. Sept. **(Tel.)** Wie den Blättern wiederholt mitgeteilt wird, sind sämtliche Instanzen an der Kundgebung des Reichspräsidenten bei der Tannenbergfeier ordnungsgemäß beteiligt gewesen. Die Ansprache hat sowohl dem Reichskanzler wie dem Reichsaußenminister vorher vorgelegen.

*

‡ **London,** 21. Sept. **(Tel.)** „Daily Telegraph" nimmt heute ausführlich zur Rede Hindenburgs in Tannenberg Stellung und betont zunächst, es habe allgemeine Überraschung hervorgerufen, daß sich der Reichspräsident, der sich sonst bei der Behandlung außenpolitischer Fragen in der Oeffentlichkeit eine sehr weise Zurückhaltung auferlegte, so entschieden mit der Ablehnung der Kriegsschuldtheorie verbunden habe. In auswärtigen diplomatischen Kreisen, die über Hindenburgs Beziehungen zur deutschen Regierung und zu den deutschen Parteien gut unterrichtet seien, habe die Rede allerdings nicht so überrascht. Als alter Soldat und Chef des großen Generalstabes während des Krieges habe Hindenburg sich dieser Frage stets mit aller Kraft angenommen. Bereits im September 1925 habe er die deutsche Regierung aufgefordert, die Annahme der Einladung der Alliierten zum Abschluß eines Rheinlandpaktes von der öffentlichen und formalen Zurückweisung der Kriegsschuld abhängig zu machen. Ein Jahr vorher sei von Reichskanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann in dem Memorandum an den Völkerbund ein Vorbehalt in dieser Beziehung gemacht worden. Nach der Dawes-Konferenz in London hätten die nationalen Parteien die Unterstützung des Londoner Abkommens im Reichstage von einer ähnlichen Erklärung abhängig gemacht. In London habe man damals eine sehr zweckmäßige Haltung eingenommen, womit der diplomatische Korrespondent des Blattes offenbar andeuten will, daß die offizielle britische Außenpolitik sich auch heute nicht die teilweise erregte Haltung der Presse in dieser Frage zu eigen macht.

Newyork, 21. Sept. **(Tel.)** Die „Newyork Times" erklären in einem Leitartikel, die deutschen Nationalisten legten in Hindenburgs Rede mehr hinein, als beabsichtigt sei. Hindenburg habe nicht etwa eine Kampagne zur Revision des Versailler Vertrages einleiten wollen, die nach der Auffassung der Nationalisten die Rückgabe Oberschlesiens, des Korridors und sogar Elsaß-Lothringens bedeuten würde. Deutschland habe durch die Locarno-Verträge endgültig auf Elsaß-Lothringen verzichtet. Sich darüber zu unterhalten, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt habe, und ihm der Versailler Vertrag aufgezwungen worden sei, könne bedeuten, daß sämtliche Friedensabmachungen über Bord geworfen würden. Es sei aber zweifelhaft, ob die Mehrheit des deutschen Volkes hinter den Nationalisten stehe. Wenn Millionen Deutsche eine Ostrevision erhofften, so bedeute das, daß sie das lediglich auf dem Wege von Verhandlungen zustande bringen wollten, nicht aber durch Bekämpfung des Friedensvertrages von Versailles.

Die Frau in der Politik.

Die Tagung des Frauenbeirats der Westfälischen Zentrumspartei.

r **Soest,** 21. September.

II.

Am zweiten Tage fand eine große Delegiertenversammlung unter Leitung von Frau Driessen statt. Außer den zahlreich anwesenden führenden Persönlichkeiten der Provinzialorganisation der Partei konnten die Abgeordneten Prof. Schreiber, Ministerialrätin Dr. Weber und Brockmann-Rinkerode begrüßt werden. Frau Driessen widmete der verstorbenen Führerin der kathol. Frauen Deutschlands, Hedwig Dransfeld, feinsinnige Worte des Gedenkens. Die Erinnerung an diese vorbildliche Frau müsse für die katholischen Frauen immer ein Ansporn sein, die Probleme der Zeit mit offenen Augen zu sehen und mit dem Verantwortungsbewußtsein zu begreifen, das die Frau gegenüber dem Volksganzen pflichtgemäß haben soll.

An den Reichskanzler Dr. Marx wurde sodann folgendes Begrüßungstelegramm gerichtet:

„Die Frauen der Westfälischen Zentrumspartei, in Soest zu ernster politischer Arbeit versammelt, entbieten dem Führer der deutschen Zentrumspartei und dem Gründer der katholischen Schulorganisation, dem Vorbild wahrer nationaler Pflichterfüllung, aufrichtige Grüße."

Prälat Dr. Schreiber, M. d. R., erstattete dann ein im nationalpolitischen und staatsbürgerlichen Sinne wegweisendes Referat über

Das Auslandsdeutschtum als nationale und kulturelle Aufgabe.

Das Auslandsdeutschtum darf in der deutschen Politik nicht als abseits liegend und peripherisch empfunden werden. Diese Einstellung ist völlig falsch. Freilich muß unser Volk, das vielleicht zu viel binnendeutsch und innenpolitisch denkt, für dieses Sehen noch erzogen werden. Es gilt also, das Auslandsdeutschtum in das politische Denken noch einzubauen. Die ganze Bewegung des Auslandsdeutschtums ist ein sprechender Beleg für tief einschneidende Umbildungen, die die geistige und seelische Struktur des Volkes im Weltkrieg und in der Nachkriegszeit erlebte. Von rund 100 Millionen Deutschen wohnen über 30 Millionen außerhalb der jetzigen Grenzpfähle. Sie verlangen eine pflegliche Betreuung in 13 europäischen Staaten, aber auch in Uebersee. Das Auslandsdeutschtum ist jetzt bis zu einem gewissen Grade Mode geworden, aber noch längst nicht zu einer Volksbewegung. Von diesem oft überlaut verkündeten Ziele sind wir noch eine beachtliche Wegstrecke entfernt. Noch ringt das Proletariat schwer um seine Anteilnahme und Einordnung in Gedankengebilde, die allzulange und einseitig ein Reservatrecht des Bürgertums darstellten. Noch ist sein Mißtrauen nicht völlig beseitigt, daß diese Bewegung schlackenfrei dahinflutet, daß ihr Imperialismen und Pangermanismen fernbleiben, obwohl dieser Verdacht im wesentlichen unbegründet ist. Jedenfalls will die überwältigende Mehrheit unserer Volksgenossen ein Interesse für das Auslandsdeutschtum, das sich im Rahmen einer ernsten Friedensgesinnung hält.

Freilich darf nicht übersehen werden, daß auch extreme Auffassungen, nationalistische Gedankengänge über das Auslandsdeutschtum vorhanden sind, die abgewiesen werden müssen. In dieser Hinsicht haben die Freunde unserer Weltanschauung eine Mission zu erfüllen, wenn sie jedes Interesse am Auslandsdeutschtum nicht am dunklen Gefühlsdrange nähren, sondern an lichtvoll gestaltenden Prinzipien. Gerade der Katholizismus hat am Ausgleich spannungshaltiger und auch widerstrebender Interessen zu arbeiten, die die Trias des deutschen Mutterlandes, des Auslandsdeutschtums und des fremden Gaststaates berührt. Diese Auffassung des deutschen Katholizismus ist für weite Massen des Auslandsdeutschtums von größtem, gewissermaßen normativem Belang; denn es gibt eine Kulturgemeinschaft der katholischen Weltdeutschen. Sie wurde auf den deutschen Katholikentagen der letzten Jahre und auch sonst zum seelischen Erleben. Zum anderen ist seine Haltung auch für Gesamtdeutschland bemerkenswert.

Nach der praktischen Seite ergeben sich zahlreiche Beziehungen zum Auslandsdeutschtum, die das besondere Interesse der Frauen zu entwickeln vermögen. Eine große caritative und kulturelle Linie tut sich hier auf. Sie umfaßt die Auslandkrankenhäuser, die Missionsgesellschaften, das wichtige Kapitel der Auslandschulen, der Kinderhorte, die Pflege der Hausangestellten und Erzieherinnen, das Interesse für Seelsorge und Seelsorgehelfer. Das Auslandsdeutschtum entwickelt eine bunte, tausendfach gebrochene Kasuistik der Not und der Problemstellung. Hier brauchen wir die innere Anteilnahme der deutschen Frau, im besonderen der Vertreterinnen unserer Weltanschauung. Zunächst eine innere seelische Anteilnahme, dann aber auch ein werktätiges Miterleben. Hier öffnen sich weite Felder der Kulturpolitik und Sozialpolitik. Jedes Mithelfen der Frauen wird dem Auslandsdeutschtum zugute kommen, aber auch dem Inlandsdeutschtum; denn vom Auslandsdeutschtum strömt in die deutsche Politik und Kultur schließlich Anregung, Bereicherung, vertiefstes Volkstum und ein besseres gegenseitiges Verstehen.

Die Vorsitzende dankte dem Redner für seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag und leitete mit warmen Worten des Mitverstehens der auslandsdeutschen Volksnot eine anregende Diskussion ein. Prälat Schreiber gab noch eine eingehende Schilderung der kirchenpolitischen Verhältnisse in Südtirol und weiterhin der komplizierten Situation in mehreren Minderheitsgebieten. Abg. Brockmann regte an, in der Beobachtung der Schullehrbücher der Frage des Auslandsdeutschtums besondere Beachtung zu widmen.

In der Nachmittagsversammlung referierte Frau Ministerialrat Helene Weber über

Die geistigen Grundlagen des Reichsschulgesetzes und die besonderen Frauenaufgaben.

Das Referat kann als besonders wertvoll für die gegenwärtige Schuldebatte bezeichnet werden, weil es über die parlamentarischen Gesichtspunkte hinaus die grundsätzliche Bedeutung der Bekenntnisschule und die Schulfrage als allgemeine Erziehungsfrage betonte, und das in allem mit der psychologisch gesteigerten Beweiskraft, die nur eine gründliche Kenntnis des Schulwesens, zumal auch der Simultanschule ermöglicht. „Wir brauchen eine neue Diskussion über die Bekenntnisschule, über ihren tieferen Sinn," forderte die Rednerin, nachdem sie die ganze Oberflächlichkeit der jetzt vielfach üblichen Auseinandersetzungen über das Reichsschulgesetz gekennzeichnet hatte. Die Frage nach der Bekenntnisschule sei die unteilbare Frage darnach, wie wir und die Erziehung und den Unterricht unserer Kinder denken und ob wir überhaupt noch ein Erziehungs- und Unterrichtsideal haben. Eine wirklich weltanschaulich orientierte Gemeinschaft könne nicht auf die ideale Lösung des Problems verzichten. Und nur, wo weltanschauliche Uebereinstimmung gegeben, könne ein Unterricht pädagogisch möglich sein, der auf die tiefsten Fragen des Lebens Antwort gebe. Als taktische Fragen könne man solche Kulturfragen nur behandeln, wenn man ihre geistige Grundlage preisgebe.

Mit Recht wies die Rednerin auf die eminent bedeutungsvollen erziehungswissenschaftlichen Auseinandersetzungen in den anderen Lagern, auf den geistig betonten Vorstoß von liberaler und sozialistischer Seite hin. Nach Hinweisen auf die jetzige parlamentarische Konstellation (Demokraten, Sozialdemokraten und Volkspartei gegen das Schulgesetz) setzte sich die Rednerin mit dem Problem der Simultanschule auseinander. Der Religionsunterricht in der Simultanschule, auf den man sich vielfach berufe, könne unmöglich das ersetzen, was der sog. neutrale Unterricht nicht mehr gebe. Ein zutreffendes Urteil könne sich nur erlauben, wer die modernen pädagogischen Strömungen und die Unterrichtsmethoden wirklich kenne! Die Persönlichkeit des Lehrenden sei wichtiger als der objektive Unterricht. Gegenüber der Behauptung, der Staat habe das Recht an der Erziehung der Kinder, müsse mit Entschiedenheit das primäre Recht der Eltern an ihren Kindern und das Recht der Kirche betont werden. Die christliche Simultanschule, die in Baden besteht und der Kirche Freiheit läßt, ist nicht die in der Verfassung festgelegte Simultanschule. Wollte man die Verhältnisse dort belassen, verzichte man grundsätzlich auf die Ansprüche der kathol. Eltern auf die Bekenntnisschule. Fast noch wichtiger als das Rahmengesetz des Reichsschulgesetzes sei die Lehrerbildung; denn sie bedeute den Anfang und das Ende der Bekenntnisschule und entscheide auch über die erstrebte Toleranz und Objektivität. Nach beziehungsreichen Ausführungen über das oft mißdeutete Problem der kulturellen Volksgemeinschaft schloß die Rednerin unter dem Beifall der Versammlung mit einem Appell an die Mutter, um deren Kind der Kampf geht.

Die nachfolgende Diskussion erbrachte den Beweis, daß diese Tagung eine Notwendigkeit und ein Erfolg war.

Deutsches Reich

Kein Ausscheiden Dr. Luthers aus dem Verwaltungsrat der Reichsbahn.

tu **Berlin,** 21. Sept. **(Tel.)** Die Meldung des „Berliner Tageblattes", daß der frühere Reichskanzler Dr. Luther, der von der Reichsregierung in den Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn berufen worden ist, in Kürze von seinem Posten zurücktreten wird, ist, wie die Telunion von zuverlässiger Seite erfährt, vollständig unbegründet. Das Mandat Dr. Luthers läuft auf sechs Jahre. Der preußischen Regierung, die seiner Zeit gegen die Berufung Dr. Luthers Einspruch erhoben hatte, ist durch die bekannte Gerichtsentscheidung an sich nur das Anrecht auf einen Sitz im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn gegeben worden. Im übrigen darf angenommen werden, daß bei den Ersatzwahlen, die im nächsten Jahre stattfinden, diese Tatsache in irgendeiner Form berücksichtigt werden wird.

Die Beratung des neuen Strafgesetzbuchentwurfes im Reichstagsausschuß.

tu **Berlin,** 21. Sept. Im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung des Reichstagsausschusses zur Beratung des neuen Strafgesetzbuchentwurfes wurden in der Einzelberatung die Paragraphen 1 und 2 des Entwurfes, letzterer nach längerer Aussprache, unverändert angenommen, während die Beratung eines Teiles des Paragraphen 3 zurückgestellt und dem Paragraphen 4 über Maßregeln der Besserung und Sicherung ein neuer Wortlaut gegeben wurde. Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

Die Reparations-Sachlieferungen im August.

= **Berlin,** 21. Sept. **(Tel.)** Für Frankreich haben im Monat August dieses Jahres 437 Reparations-Sachlieferungs-Verträge (einschließlich Nachträge) über insgesamt 121,4 Millionen RM. die Genehmigung erlangt, wodurch sich der Wert aller seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes bis zum Ende der dritten Annuität für Frankreich genehmigten Sachlieferungs-Verträge (außer Kohle und Farbstoffe) auf 633 Millionen RM. stellt. Für Belgien sind im gleichen Monat 141 (einschließlich Ersatz-)Verträge über 2,5 Millionen RM. genehmigt worden, mithin seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes bis zum Ende der dritten Annuität Verträge (außer Kohle und Farbstoffe) im Werte von 113,3 Millionen RM.

Aus aller Welt.

Neue Sitzungsperiode des holländischen Parlamentes eröffnet.

Haag, 20. Sept. **(Tel.)** Heute wurde die neue Sitzungsperiode des holländischen Parlamentes durch die Königin Wilhelmine eröffnet. Kronprinzessin Juliane nahm zum ersten Male an der Sitzung teil. In ihrer Thronrede gab die Königin der Meinung Ausdruck, daß die wirtschaftliche Lage Hollands sich trotz des Darniederliegens zahlreicher Industrie- und Handelszweige in einiger Hinsicht günstiger gestaltet habe. Die Beziehungen zum Ausland seien freundschaftlicher Art, und die Regierung hoffe, auch mit Belgien zu einem für beide Teile billigen Vertrag zu gelangen. Von den Beschlüssen der Wirtschafts-Konferenz des Völkerbundes, die der von Holland verfolgten Handelspolitik entsprächen, habe die Regierung mit Befriedigung Kenntnis genommen.

Acht Tauroggener Verschwörer zum Tode verurteilt.

w **Riga,** 20. Sept. **(Tel.)** Von 20 Angeklagten, die der Beteiligung an der Tauroggener Revolte überführt wurden, sind acht zum Tode, neun zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und die übrigen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Sieben Todesurteile wurden in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt, der achte Verurteilte sofort nach Urteilsverkündung hingerichtet.

Blutige Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten.

Paris, 21. Sept. **(Tel.)** In Besancon versuchten die Kommunisten trotz des polizeilichen Verbotes zum Protest gegen die Festlichkeiten für die amerikanische Legion für Sacco und Vanzetti zu demonstrieren. Dabei kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Kavallerie mußte zweimal eingreifen, um die Straßen von den Kommunisten zu säubern, die auf das Militär mehrere Schüsse abgaben. Zahlreiche Polizisten wurden durch Steinwürfe schwer verletzt. 17 Kommunisten wurden verhaftet, darunter auch einige Matrosen, die sich auf Urlaub befanden.

Das endgültige Ergebnis der irischen Wahlen. 79 : 73.

London, 20. Sept. Der neue irische Landtag setzt sich nach der nunmehr abgeschlossenen Zählung wie folgt zusammen: Regierung 61, Unabhängige 12, Farmer 6, zusammen 79 Mandate für den Regierungsblock, de Valera 57, Arbeiter 13, Nationale Liga 2, Kommunisten 1, zusammen 73 Mandate für die Opposition. Die Regierung verfügt danach über eine Mehrheit von sechs Stimmen. Ob dies auf den alten Mehrheitsverhältnissen beruhende Zusammensetzung des Regierungs- und Oppositionsblockes auch im neuen Landtag Gültigkeit haben wird, bleibt allgemein abzuwarten, da noch nicht sicher ist, ob Präsident Cosgrave im Amte bleiben bezw. eine neue Regierung bilden wird.

Heftige Kämpfe in Nicaragua.

tu **Newyork,** 20. Sept. Nach Washingtoner Meldungen kam es bei Telpaneca in Nicaragua zu heftigen Kämpfen zwischen amerikanischen und nicaraguanischen Truppen. Auf amerikanischer Seite gab es einen Toten, während die Nicaraguaner 20 Tote und 40 Verwundete zu beklagen hatten.

Rußland gibt im Rakowski-Konflikt nach.

tu **Kowno,** 21. Sept. Wie aus Moskau von zuverlässiger Seite gemeldet wird, soll die Sowjetregierung nunmehr endgültig beschlossen haben, in der Angelegenheit Rakowski nachzugeben. Rakowski soll, wie verlautet, sein Abschiedsgesuch noch bis zum nächsten Samstag einreichen. Die Abberufung Rakowskis wäre zweifellos ein schwerer Schlag für die russische Außenpolitik, der um so empfindlicher ist, als die französische Regierung die Ernennung eines neuen Botschafters für Paris von einer Regelung der Schuldenfrage abhängig macht. Es verlautet, daß auch der französische Botschafter in Moskau seinen Posten zu verlassen beabsichtigt.

Die Verlobung des belgischen Außenministers Vandervelde wird angekündigt. Die künftige Gemahlin des belgischen Außenministers, der die 60 bereits überschritten hat, ist eine vor einigen Wochen von einem Brüsseler Rechtsanwalt geschiedene Medizinerin.

Aus der Stadt.

Münster, 22. September.

§ **Die nächsten Aufwertungstermine.** Am 30. September dieses Jahres ist der Zahltag für die erste Hälfte der ab 1. April 1926 fällig werdenden Zinsrückstände. — Am 1. Oktober dieses Jahres ist Endtermin für Anträge bei der Aufwertungsstelle auf Erhöhung des Aufwertungsbetrages für Restkaufgeldforderungen oder bei Gutsüberlassungsverträgen aus den drei ersten Quartalen des Jahres 1921 bis zu 400 Prozent, aus dem letzten Quartal des Jahres 1921 bis zu 600 Prozent ihres Goldmarkbetrages. — Am 1. Oktober dieses Jahres ist ferner Endtermin für die nachträgliche Anmeldung zurückgezahlter Hypotheken auf Grund des Vorbehaltes der Rechte oder kraft Rückwirkung und des Antrages auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, wobei die Antragsteller dartun müssen, daß sie den für die Anmeldung ursprünglich festgesetzten Endtermin vom 1. Januar 1926 ohne ihr Verschulden überschritten haben.

§ **Zu einem Zusammenstoß** zwischen einem Hanomagwagen und einem Radfahrer kam es am Mittwoch vormittag an der Kreuzung Magdalenenstraße—Spiekerhof. Der Autolenker fuhr einen Radfahrer derart hart an, daß er vom Fahrrad geschleudert wurde und gegen das Eckhaus der Metzgerei flog. Mit anscheinend schweren Verletzungen blieb der Mann liegen. Der Wagenlenker nahm sich des Verletzten an und brachte ihn zum Krankenhause, wo man nur eine Rippenquetschung feststellte.

Autobusverkehr Wie uns die Westfälische Autobus-Verkehrs-Gesellschaft mitteilt, wird infolge Straßensperrung der Straße Münster—Greven der Autobusbetrieb auf dieser Strecke ab 26. September bis 15. Oktober 1927 stillgelegt.

Schwurgericht.

+ **Münster,** 11. Sept.

Vorsätzliche Brandstiftung.

Am 2. November v. J. bemerkte ein spielender Junge auf der Straße, wie aus der Wohnung der Eheleute Bentfeld in Heessen dicke Rauchschwaden aufstiegen. Er benachrichtigte sofort die Feuerwehr, die den Brand alsbald löschen konnte.

Von den Angehörigen der Familie Bentfeld war niemand in der Wohnung anwesend, es mußten deshalb die Türen aufgebrochen werden. Groß war das Erstaunen der Feuerwehrleute, daß sie in zwei getrennt liegenden Zimmern der Wohnung Brandherde vorfanden. Einmal war das Feuer in einem Bett angelegt und das andere Mal in einem Kleiderschrank, in dem man noch Kerzenstummeln vorfand. Ein Geruch herrschte in der Wohnung, als wenn mit brennendem Harz die Betten bestrichen wären. Die näher angestellten Ermittlungen ergaben ganz einwandfrei, daß Brandstiftung vorlang. Als Täterin konnte nur die Ehefrau Katharina Bentfeld in Frage kommen, weil sie zuletzt in der Wohnung gewesen war. Gegen die Ehefrau Bentfeld, eine Mutter von 10 Kindern, wurde deshalb das Verfahren wegen vorsätzlicher Brandstiftung eingeleitet. Die Frau Bentfeld stand nun jetzt vor den Geschworenen. Ihr erstes Wort war: „Ich bin unschuldig an dem Brande, es muß ein anderer aus Rache getan haben."

Sehr belastend für die Angeklagte ist es, daß sie aus der Kammer, in der die Betten brannten, ein Bett herausgeholt und in die Küche gelegt hatte, weil angeblich ein Sohn darauf schlafen wollte. Ferner war in der zweiten Kammer, in der der Brandherd im Kleiderschrank angelegt war, der Kleiderschrank von der Angeklagten fast ausgeräumt worden. Hierfür konnte sie keine glaubwürdige Erklärung abgeben. Die schmutzige Wäsche hatte sie ausgerechnet an diesem Tage zu ihrer verheirateten Tochter gebracht, wo sie nun zum ersten Male waschen wollte. An dem Brandtage war die Angeklagte, wie sie selbst angibt, den ganzen Morgen in der Wohnung anwesend gewesen. Gegen Mittag wollte sie nach Hamm fahren, verpaßte aber den Zug und ging wieder zurück. Als sie mit dem nächsten Zuge fuhr, äußerten andere Passagiere in dem Zuge, daß es in der Wohnung der Bentfelds brannte, und sie erzählten das auch der Frau Bentfeld bei der Ankunft in Hamm. Die Frau schien gar nicht bestürzt: sie fuhr mit dem nächsten Zuge wieder zurück. Schon früher einmal, als die Angeklagte noch in Hamm wohnhaft war, brannte ihre Wohnung unter eigenartigen Umständen aus. Das Inventar, das einen wirklichen Wert von ungefähr 1000 Mark hatte, war von den Eheleuten Bentfeld zu 10 000 Mark versichert worden, trotzdem der Beamte darauf aufmerksam gemacht haben will, daß die Versicherungssumme zu hoch ist und daß sie mit der Versicherungsprämie nur Geld fortwürfen. Die Anklage nimmt an, daß die Tat vollführt wurde, weil sich die Frau Bentfeld in den Besitz der Versicherungssumme setzen wollte. Ferner könne aber auch ein Racheakt gegen den Hausbesitzer vorliegen, dem die Famile Bentfeld zwangsweise ins Haus gesetzt worden war. Zwischen der Familie Bentfeld und dem Hausbesitzer herrschte großer Unfriede, und der Hauswirt war zuguterletzt dazu übergegangen, seinem Mieter das Wasser abzustellen und den Wasserhahn aus der Wand zu schrauben.

Der Staatsanwalt hielt trotz des hartnäckigen Leugnens der Angeklagten diese der Brandstiftung für überführt. Er beantragte eine Strafe von 8 Monaten Zuchthaus, die er gemäß den gesetzlichen Bestimmungen in eine Gefängnisstrafe von einem Jahre umzuwandeln bat.

Das Urteil lautete: Die Angeklagte wird kostenlos freigesprochen. Die schwerwiegenden Verdachtsmomente reichen nicht aus, die Angeklagte zu verurteilen. Es besteht die Möglichkeit, daß auch von anderer Seite der Brand aus Rache angelegt sei.

*

Zu dem Prozeß am Montag gegen die Hausangestellte P. in Billerbeck wird uns mitgeteilt, daß die Angeklagte das Urteil nicht angenommen hat, und durch den Verteidiger, Rechtsanwalt Arndts, Revision eingelegt ist.

Aus der Grafschaft Bentheim.

+ **Nordhorn,** 20. Sept. (Ein glücklicher Gewinner.) Auf das Los 39 793 der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie fiel die Prämie von 500 000 Mark, die mit einem Gewinn von 1000 Mark gezogen wurde. Der Dachdecker K. Titschkerlein von hier hat die Losnummer zur Hälfte gespielt, erhält also nach Abzug der 20 Prozent Steuer als Gewinnanteil 400 Mark und als Prämienanteil 200 000 Mark ausbezahlt.

Vermischtes.

* **Die Güterzugberaubungen bei Bebra.** Kassel, 20. Sept. Die von der Eisenbahnkriminalpolizei fortgesetzten Ermittlungen in Sachen der Beraubungen von Güterzügen auf der Strecke Bebra—Eichenberg haben in ihrem weiteren Verlauf zu aufsehenerregenden Entdeckungen geführt. Nachdem, wie berichtet, aus dem Versteck des Haupttäters Pforr in Braunhausen eine ganze Wagenladung an Raubgütern herausgeholt worden war, sind drei weitere große Diebeslager festgestellt worden, und zwar bei einem Fahrradhändler und einem Hotelbesitzer in Rotenburg a. d. Fulda sowie bei einem Gastwirt in Sontra, die beide einen schwunghaften Handel mit dem Diebesgut nach Kassel, Eisenach und Eschwege betrieben haben. Unter den beschlagnahmten Gegenständen, die mehrere Wagenladungen umfassen, befinden sich außer Tuchen, Wäsche, Lebens- und Genußmitteln auch Fahrräder, große Mengen Autoreifen, Teppiche, Spielwaren, Leder, Jagdflinten usw. Zum Teil war das Diebesgut von den Räubern und Hehlern schon zur Ausstattung ihrer Wohnungen verwandt worden. Die Zahl der Verhafteten ist bereits auf vier gestiegen.

* **Beschimpfung der katholischen Kirche.** Nürnberg, 18. Sept. Auf einen Beschluß des Amtsgerichts Nürnberg hin wurde die Ausgabe der „Nordbayerischen Volkszeitung", des kommunistischen Organs für Nordbayern, vom 14., 16. 17. September in mehreren tausend Exemplaren von der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth beschlagnahmt. Den Anlaß zur Beschlagnahme gaben in der Artikelserie „Der Volksbetrug von Konnersreuth" enthaltene Beschimpfungen der katholischen Kirche und ihrer Einrichtungen.

* **Ein Markengeschäft des rumänischen Generalpostdirektors.** Wien, 15. Sept. „Adeverul" erhebt, wie aus Bukarest gemeldet wird, gegen den Generalpostdirektor Papacosta die Anschuldigung schwerer Mißbräuche aus Anlaß der im vorigen Jahre ausgegebenen Jubiläumsbriefmarken, die schon vor zwei Jahren beim 60. Geburtstag König Ferdinands verausgabt werden sollten. Von den 200 000 kompletten Serien dieser Marken hätten die Postämter im ganze Lande nur 50 000 zum Verkauf erhalten, während die zurückgehaltenen 150 000 Serien auf „privatem Wege" ins Ausland an große Markenfirmen verkauft worden seien. (Tatsächlich sind diese Serien, die einen Nennwert von 37 Lei hatten, im ganzen Auslande zu einem Vielfachen dieses Preises verkauft worden.)

* **Nachspiel zur Duncan-Tragödie.** Das Automobil, in dem Isadora Duncan gestorben ist, wurde von einem Sammler tragischer Erinnerungen für 65 000 Francs gekauft. Fünfzig andere Interessenten hatten geringere Preise geboten. Die arme Isadora Duncan hatte in letzter Zeit große finanzielle Sorgen, und ein Teil des Geldes, das jetzt für das Unglücksautomobil geboten worden ist, hätte vielleicht dazu helfen können, der alternden Frau die ersehnte Ruhe in einem Häuschen am Meer zu verschaffen.

Die Zeitschriften auf der Pressa.

Eine Sitzung der Fachgruppenleiter.

Die von dem Fachausschuß für das Zeitschriftenwesen der Internationalen Presseausstellung Köln 1928 (Vorsitzende: Hofrat Horst Weber-Leipzig und Verlagsdirektor Greiffenhagen-Berlin) zur Bearbeitung der verschiedenen Zeitschriftengebiete gewonnenen Herren traten am 6. September in Köln zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um über die ausstellungstechnische Durchführung der Zeitschriftenabteilung der Pressa zu beraten. An der Sitzung, in der auch der Reichskommissar der Pressa, Minister a. D. Dr. Külz, zugegen war, nahmen etwa 40 Vertreter des deutschen Zeitschriftengewerbes teil. Der Vorsitzende, Hofrat Weber, entwickelte in längeren Ausführungen den Grundgedanken der Zeitschriftenausstellung, bei der es in erster Linie darauf ankomme, den geistigen Inhalt der Zeitschriften und ihre kulturellen und wirtschaftlichen Werte unter Anwendung neuer ausstellungstechnischer Mittel anschaulich zu machen. Verleger Rudolf Schick-Leipzig, der stellvertretende Vorsitzende und Bearbeiter der Abteilung Fachpresse, gab eine Übersicht über den Ausstellungsplan seines Fachgebietes, wobei er betonte, da